

Linksfraktion in der BVV Treptow-Köpenick fordert:

BVV-Sitzung schon bald live im Internet

Die BVV-Sitzungen in Treptow-Köpenick sollen künftig nach dem Prinzip des „Gläsernen Rathauses“ im Sinne einer transparenten Bürgerkommune im Internet übertragen werden. Einen entsprechenden Antrag stellte die Fraktion DIE LINKE jetzt in der BVV.

Die Übertragung von Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung per Internet ermögliche den Bürgerinnen und Bürgern, bequem, aktuell und ungefiltert das kommunalpolitische Geschehen zu verfolgen und sich über die in der BVV vertretenen Positionen zu unterrichten, erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Philipp Wohlfeil. Ein solches niedrigschwelliges Informationsangebot solle dazu beitragen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Mitwirkungs- und die Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungsprozessen in einem lebendigen und demokratischen Gemeinwesen entschlossener wahrnehmen. „Dieser Nutzen rechtfertigt die ohnehin niedrigen Kosten und den geringen Aufwand allemal“, so Wohlfeil weiter. In anderen Bezirken werde dies bereits praktiziert. Tatsächlich hatte nach monatelangem Ringen vergangenen Sommer die BVV Marzahn-Hellersdorf auf einen Antrag der LINKEN und der Grünen beschlossen, die BVV-Sitzungen im Internet zu übertragen.

Vorher hatte der Hauptausschuss einen Kompromissvorschlag erarbeitet, nachdem der Ältestenrat sich verständigen sollte, ausgewählte Debatten ins Internet einzustellen. Doch ein Änderungsantrag ermöglichte dem Bezirksparlament alternativ zwischen diesem Vorschlag und der Ursprungintention, die Sitzungen komplett zu übertragen, abzustimmen. Mit 34 gegen 9 Stimmen wurde der Antrag dann beschlossen.

Ende Oktober wurde dann erstmals die Sitzung eines Berliner Bezirksparlaments live in Bild und Ton via Internet ausgestrahlt. Wer wollte, konnte im weltweiten Netz dabei sein, als die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) über Müllprobleme am Biesdorfer Baggersee, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Hauptstraßen und über den Schuldenabbau im Bezirk debattierte. Dass sich die Zuschauergemeinde des BVV-Fernsehens vorerst in Grenzen hält, ist durchaus klar. Doch die Übertragung ist ein Serviceangebot: Bürger, müssen dann nicht mehr zum Tagungsort kommen, um informiert zu sein. Sie können von der Couch aus verfolgen, wie die Politiker der verschiedenen Fraktionen argumentieren und sich bei Abstimmungen verhalten. Gezeigt werden darf in Marzahn-Hellersdorf allerdings nur derjenige, der dazu

Am Rande bemerkt: Räumpanzer für Treptow-Köpenick ?

Es war wohl mehr als ein Silvesterschmerz. Am 30.12. titelte der Berliner Kurier: „Erster Berliner Politiker fordert Einsatz der Bundeswehr“. Der Politiker mit der ungewöhnlichen Idee war Oliver Igel, Chef der hiesigen SPD. Er forderte den Einsatz der Bundeswehr mit ihrem schweren Gerät zum Schneeräumen auf Schulwegen, an Bushaltestellen, in Einkaufszonen, auf Gehwegen usw. Doch oje, Kollateralschäden standen nun zu befürchten. Denn wo die Bundeswehr räumt, da darf kein Klohäuschen, da darf kein Baum im Wege stehen. Ob dieser Drohung hatte der Wettergott ein Einsehen und setzte flugs Tauwetter an. Man darf sich angesichts dieser Schlagzeilen-heischenden Idee getrost fragen: ist der Kurier nun die Leib- und Magenzeitung von Herrn Igel oder ist Freund Igel der Leib- und Magenpolitiker des Kurier?

Ernst Welters

ausdrücklich sein Ja-Wort gibt. Elf Verordnete, die meisten von der CDU, und ein SPD-Stadtrat, studierter Jurist, haben das nicht getan. Letzterer begründet das so: „Das Internet vergisst nie.“ Treten die Internet-Verweigerer ans Mikrofon, werden Ton und Bild abgeschaltet, der Computer-Bildschirm wird schwarz.

■ ■ Karl Forster

Bitte vormerken:

Internationaler Frauentag 2011 DIE LINKE Treptow-Köpenick lädt ein

»Wenn der Vater mit dem Sohne ...«

Peter und Franz Sodann lesen feindlich-freundliche
Frauengeschichten

Samstag, 12. März, ab 10.00 Uhr
voraussichtlicher Ort: Alte Schule, Dörpfeldstraße Adlershof

IN DIESER AUSGABE

- Seite 2: Nazis informiert entgegneten
- Seite 3 KulturAlarm trotz Eis und Schnee
- Seite 5 Früchte der falschen Standortentscheidung
- Seite 6 Gut bezahlte Arbeitsplätze und bezahlbare Mieten

Nazis informiert entgegentreten

Fraktion zu Gast im Zentrum für Demokratie

Die Fraktion DIE LINKE hat ihre erste Sitzung im neuen Jahr zur Weiterbildung über neue und alte Gefahren von Rechts genutzt. Sie besuchte dabei das Zentrum für Demokratie, gegenüber dem S-Bahnhof Schöneweide, welches bereits mehrfach Ziel von Attacken durch Nazis wurde.



Die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen wird Nazis und Rechte ihre Propaganda verstärken lassen.

Dem möchte die Fraktion DIE LINKE informiert entgegentreten. Sie nutzte dazu das Informationsangebot des Zentrums für Demokratie, des Vereins für demokratische Kultur sowie der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus. „Wahlprogrammen mit menschenverachtendem Inhalt, die sich zudem gegen soziale Errungenschaften und ‘Gleichmacherei’ wenden, werden wir deutlich bessere Inhalte entgegenstellen“, so Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in Treptow-Köpenick. Im Bezirk wird das Problem deutlich durch rechte Kneipen, Übergriffe von Nazis, Angriffe auf das Wahlkreisbüro von Gre-

Zum Jahresauftakt erneuter Angriff auf Zentrum für Demokratie in Schöneweide

In der Silvesternacht wurden in Niederschöneweide mehrfach rechte Parolen an Häuserfassaden gesprüht. Die Schmierereien betrafen die Brückenstraße und vor allem das Zentrum für Demokratie am Michael-Brückner-Platz.

Großflächig wurden mehrere Hakenkreuze neben Hetzlosungen wie „NS Jetzt!“, „Auf 2011 Kampf“ oder „Anti Antifa 88“ an Jalousien und Wände geschmiert. Anzeige wurde erstattet, der Staatsschutz ermittelt. Bereits im November, noch vor Umzug des Zentrums für Demokratie in die neuen Räumlichkeiten, waren nahezu alle Scheiben der sanierten Einrichtung durch massive Gewaltanwendung beschädigt worden. Zwei Wochen später wurde eine Jalousie demoliert, die dadurch funktionsunfähig wurde.

Die neuerliche Aktion trägt die „Handschrift“ der Rechtsextremen, die auffallend der Nazi-Schmieraktion vor der Pogromnacht im November 2010 in Oberschöneweide ähnelt. Im Zusammenhang mit einem Gedenksparadegang zu jüdischem Leben in Oberschöneweide waren diverse Parolen gesprüht worden, in denen die während des Holocaust ermordeten Jüdinnen und Juden verhöhnt wurden. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Die Schmierereien unterstreichen die Wichtigkeit der Arbeit des Zentrums für Demokratie am neuen Standort. Sie ma-

chen aber auch deutlich, wie dringend demokratisches Engagement in Treptow-Köpenick nötig ist. Das bezirkliche Bündnis für Demokratie und Toleranz wird sich deshalb weiterhin mit Erscheinungsformen und Ursachen des Rechtsextremismus auseinandersetzen.

*Hans Erxleben,
Sprecher Bündnis für Demokratie und
Toleranz Treptow-Köpenick
Björn Malycha, Kati Becker
Zentrum für Demokratie
Treptow-Köpenick*

Informationen aus dem Bezirksamt

► Parteiplakate nur vor Wahlen erlaubt

Parteien ist es grundsätzlich nicht erlaubt, im öffentlichen Straßenland außerhalb von Wahlkämpfen zu plakatieren. Nach dem Berliner Straßengesetz dürfen Werbetafeln erst sieben Wochen vor dem Abstimmungstag bis spätestens eine Woche danach aufgestellt werden.

► Winterangebote für Obdachlose

Im Rahmen der Kältehilfe stehen im Bezirk in der Zeit vom 1. November 2010 bis zum 31. März dieses Jahres 26 Schlafplätze zur Verfügung. In der Wilhelminenhofstr. 68 gibt es bei der Stiftung SPI zehn Angebote zur Notübernachtung, im Nachtcafé und Wärmestube Arche in der

gor Gysi und durch Verordnete der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung. Auch das nun besuchte Zentrum für Demokratie wurde zuletzt in der Silvesternacht mit rechten Parolen besprüht. „Wir wollten mit unserem Besuch auch unsere Solidarität mit dem Zentrum für Demokratie deutlich machen und auf dessen wichtige Arbeit verweisen“, so Hans Erxleben, Sprecher gegen Rechtsextremismus der Fraktion DIE LINKE. Anschließend entschloss sich die Fraktion, den Aufruf des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ zu unterstützen. DIE LINKE ruft die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich solidarisch mit den Protesten in Dresden zu zeigen und dabei zu helfen, den Großaufmarsch am 19. Februar 2011 endgültig zu stoppen.

■ ■ Joseph Rohmann

Plessersstraße 3–4 insgesamt 16 Plätze. In der Regel, so informierte Sozialstadträtin Ines Feierabend, suchten obdachlose Personen Kältehilfeeinrichtungen nur bei extremen Temperaturen auf.

► Schülerclubs bleiben erhalten

Trotz einer Reduzierung der Landesmittel existieren die noch bestehenden Schülerclubs auch im jetzigen Schuljahr weiter, heißt es in einem Schlussbericht des Bezirksamtes zu einem Beschluss der BVV vom Januar 2010. Der Bericht stützte sich auf ein Schreiben der zuständigen Senatsverwaltung. Ausgenommen sei der Schülerclub der Amelia-Earhart-Schule, die es nicht mehr gebe. Vom Schulamt würden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Karin Franke, Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.

Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. Januar 2011
Ausgabetag „blättchen“ 168: Do 3. März 2011
Redaktionsschluss für „blättchen 168“: 22.2.2011
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.



Blick von der Insel auf das Vereinsgebäude.

kulturALARM trotz Eis und Schnee

Für alle Generationen etwas auf der Insel im Treptower Park

Als sich auf der Abteibrücke im hohen Schnee kaum Spuren zur Insel zeigten, war im Turm nicht nur zu Silvester auf zwei Etagen etwas los. kulturALARM, ein Verein, der seit dem Sommer auf dem idyllischen Eiland zwischen Treptower Park und Alt-Stralau ansässig ist, bietet ein Generationen übergreifendes Kulturprogramm. „Wir haben leider noch nicht den Stand, dass man uns für voll nimmt und anerkennt, was wir machen,“ bedauert der Vereinsvorsitzende André Szatkowski. Er ist jedoch keinesfalls entmutigt, im Gegenteil. Der 34-Jährige, der mit seinem Projekt ORWOhaus hartnäckig erreicht hatte, dass junge Musiker wie er selbst Proberäume erhielten, sprüht vor Ideen und sein Enthusiasmus ist ansteckend. Er möchte mit seinem kulturALARM, in dem sich 2008 rund 50 Gleichgesinnte zusammenfanden, auf der Insel „ein Leuchtturm-Projekt“ verwirklichen, bei dem Kunst, Nachwuchs und Musik im kreativen Austausch gefördert werden. Dabei sollen auch sozial schwache Familien Kunst genießen und gestalten können. Seit einem halben Jahr gibt es ohne Unterbrechung fast täglich Programmangebote. Konzerte, Theaterspiel, Kino und Lesungen sind teilweise Eintrittsfrei oder werden zu moderaten Preisen von jungen Nachwuchskünstlern angeboten. Alles „jenseits der hoch glänzenden Fassaden“, betont er. Hier sollen „authentische und unverbogene Künst-

ler“, ein breites Spektrum Berliner und internationaler Leute, die ihr Handwerk beherrschen, sich vorzustellen können.

Mit diesem Konzept hatte kulturALARM unter 30 Bewerbern im vergangenen Jahr vom Bezirksamt den Zuschlag erhalten, allerdings unter der Bedingung, dass damit keine finanzielle Förderung verbunden ist.

Von zwei bis siebzig Jahren

Jenseits aller kommerziellen Angebote in der Umgebung der Insel hat die Open-Air-Bühne an den Sommerwochenenden von Freitag bis Sonntag bis zu 1.200 Menschen angezogen. Auf dem Kinderspielfeld, an der Strandbar und am Inselufer, wo bunt bemalte Kanus zu moderaten Gebühren ausgeliehen wurden, erholten sich Besucher im Alter von zwei bis siebzig, sagt André Szatkowski stolz.

Seitdem erfreut sich unabhängig vom Wetter der „Lazy Sunday“ (der Sonntag-nachmittag zum Faulenzen) bei freiem Eintritt mit Live Musik, Kaffee und Kuchen großer Beliebtheit. Auch andere Programmpunkte sind bereits fest etabliert. So das Insel Kino am Mittwoch – Eintritt frei – , alternierend mit Poetry Slam, einem Dichterwettbewerb, bei dem mehrere junge Poeten jeweils fünf Minuten um die Gunst der Zuhörer streiten. Auch im Winter alle 14 Tage sonnabends die Electro Party, jeweils ab 23 Uhr. Ab Februar soll es Mittwochnachmittag auch

Poi-Kurse geben, ein Spaß, bei dem mit Bällen oder anderen Jongliergeräten künstlerisch, spielerisch und auch ergotherapeutisch agiert wird.

Seit dem Sommer haben die etwa 25 aktiven Mitglieder des Vereins mit Unterstützung vieler anderer ehrenamtlicher Helfer in den lange leer stehenden Räumen des Kulturhauses auf der ehemaligen Insel der Jugend die dringendsten Renovierungs- und Sanierungsarbeiten vorgenommen und aus Eigenmitteln 60.000 Euro investiert. Zunächst wurden die Toiletten erneuert, Planungsräume eingerichtet und das „Sonnendeck“ mit 80 Quadratmeter großer Sonnenterrasse in Betrieb genommen. Im weit sichtbaren Turm befinden sich nun Büros und ein Atelier, im Foyer eine Küche und zwei Cafés. Jüngstes Projekt ist im Erdgeschoss ein Theaterraum, in dem eine jüngst gegründete Theatertruppe „Die Improvisationäre“ – Schauspieler im Alter von 21 bis 50 Jahren – zu Hause ist. Unter dem Motto „Wir bauen ein Theater“ hatten sich Musiker, Schriftsteller und Designer am 4. Dezember für das Projekt engagiert. In dem verwinkelten Gebäude gibt es außerdem mehrere zusätzliche kleine Abstell- und Probenräume, aber auch noch Eckchen, wo man in der Jugendsprache einfach nur „chillen“ kann, Ältere würden dazu „ausspannen“ sagen.

Zum Kernteam, das fast täglich bis weit in die Abendstunden auf der Insel anzutreffen ist, gehören derzeit vier Festangestellte, sechs Praktikanten und zwei ältere Mitarbeiter in einer Eingliederungsmaßnahme sowie ehrenamtliche Künstler – alle im Alter von 17 bis 60 Jahren. „Wir kümmern uns auch um Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen und geben Erwachsenen mit Problemen eine Chance“, erklärt André Szatkowski.

Der Vereinsvorsitzende spricht bewusst nicht von der „Insel der Jugend“, sondern nennt sein Projekt „Insel Berlin“. Das Programm richtet sich vor allem an die Altersgruppe zwischen 20 und 40, die sicher mit den Namen der Musikgruppen wie z.B. „Fonkey Monkey“ oder „198“ mehr anfangen kann als ältere Besucher.

Bei dieser einzigartigen Umgebung wie hier muss man nicht extra bis zum Wannsee fahren, meint der Leiter des Hauses. Er wünscht sich deshalb auch Anregungen aus dem Bezirk und würde sich freuen, wenn sich noch mehr freiwillige Helfer meldeten, ob Jugendliche oder Rentner. Darüber hinaus werden dringend Gartengeräte und Pflanzen benötigt für

Fortsetzung auf Seite 4



André Szatkowski (mitte) bei der Morgenrunde mit Mitarbeitern.

Fortsetzung von Seite 3

Verschönerung und Pflege des 2.500 Quadratmeter großen Areals im Sommer. Es fehlen auch noch gut funktionierende Handwerksgeräte, Büromaterial, gut erhaltene Regale und Möbel („aber kein Müll“) – und natürlich ganz besonders Geldspenden.

Wer auf der Abteibrücke, die seit geraumer Zeit medienwirksam als „Brücke der Herzen“ gepriesen wird, über große blaue Herzen zur Insel schreitet, wird sich vielleicht fragen, was beides miteinander zu tun hat. Mit einem blauen Herz ver-

ewigt wurden nämlich unter anderen das Park Center, die Berliner Stadtreinigung, Air Berlin und – jetzt geradezu zum Hohn – die S-Bahn Berlin, abgesehen vom Landesfunkhaus Sachsen-Anhalt. Über diese Auszeichnungen könnte mancher ins Grübeln kommen. Mit Treptow hat das alles wenig zu tun, mit dem Verein auf der Insel überhaupt nicht. Von all diesen Großunternehmen hat kulturALARM jedenfalls keinen einzigen Cent empfangen.

kulturALARM ist in Alt-Treptow 6 oder unter Tel. 030-80 96 18 50 zu erreichen

■ ■ Helga Pett

betriebnahme zur Ortsveränderung“ im Vordergrund stehe, sei beim Abstellen der Fahrzeuge von Gemeindegebrauch auszugehen.

► Abitur an Gemeinschaftsschulen

Einem BVV-Beschluss von Ende 2009 entsprechend wird ein zuständiger Mitarbeiter des Bezirksamtes im Februar nach Jena reisen, um vor Ort ein Abiturmodell an einer kleinen Schule kennenzulernen. Geprüft werden soll, ob das Modell geeignet sei für zwei Gemeinschaftsschulen im Bezirk, für die eine Sekundarstufe II angestrebt wird.

► Verhinderung von Amoklauf an Schulen

Zur Erkennung und Verhinderung von Gewaltandrohungen oder Amoklauf an Schulen sind derzeit weitere technische Lösungen in Vorbereitung, erklärte Bezirksschulrat Dirk Retzlaff auf Anfrage. Videoüberwachungsanlagen seien aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Alle Schulen hätten Türsiche-

Nach fünf Jahren: Schlagloch-Hotline

Es war an einem Sommerspätnachmittag des Jahres 2005. Da hatte die PDS eine Idee der Bürgerbeteiligung und schlug eine Info-Hotline zum schnelleren Beseitigen von gefährlichen Schlaglöchern vor. Ein ganz einfacher Antrag in der BVV. Dachten wir. Aber wir hatten unsere Rechnung ohne die SPD gemacht. Erst einmal mit diesem Antrag ab in den Ausschuss. Und da zogen die SPD-Kollegen, verbündet mit einem Herrn Scholz von der CDU, vom Leder. Ein versteckter Angriff auf ihren Stadtrat (damals Schmitz von der SPD) sei das. Es werde bei den Bürgern die Illusion geweckt, die Schlaglöcher könnten auch schnell beseitigt werden. Und dann noch die Kosten! Wer soll denn all diese Anrufe bearbeiten? Kurzum, der Antrag wurde abgeschmettert.

Fünf Jahre später lese ich als damaliger Antragsteller in der bezirklichen SPD-Postille: Infotelefon zum Melden von Schlaglöchern eingerichtet.

Was lehrt uns das: Ein guter Antrag ist nur dann ein guter Antrag, wenn die SPD ihn übernimmt und sei es mit ihrer langen Leitung nach fünf Jahren.

■ ■ E.W.

rungen, die das Abschließen von innen und außen ermöglichten, 35 Schulen verfügten bereits über Einbruchmeldeanlagen und neun über Lautsprecheranlagen. Seit 2003 gebe es in Treptow-Köpenick auch eine Schulpsychologin mit dem Aufgabenfeld der Gewaltprävention sowie Aufarbeitung von Gewaltfällen und Krisensituationen.

Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Wir bedanken uns für alle Spenden und bitten weiter um Unterstützung, per Überweisung, unter: **Achtung neue Bankverbindung**

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto: 525 60 78 03

BLZ: 100 708 48 Berliner Bank AG

Verwendungszweck: 502-810 oder direkt in beiden Geschäftstellen.

Vielen Dank.

Informationen aus dem Bezirksamt

► Management der Sportanlagen noch nicht elektronisch

Die Vergabe der Sportanlagen erfolgt im Bezirk noch mittels Standardsoftware. Im Land Berlin gebe es jedoch Bestrebungen, das Management durch Einsatz von Computerprogrammen zu optimieren, so der zuständige Bezirksstadtrat Svend Simdorn. Lösungsansätze, die dafür aktuell präsentiert wurden, könnten bei entsprechender Reife verfolgt werden.

► Parken von „FunRent“ am Sterndamm zulässig

Es gibt keine Möglichkeit, gegen das Abstellen von Miet- und Firmenfahrzeugen auf öffentlichem Straßenland vorzugehen, informierte Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler auf eine entsprechende Anfrage. Nach Bundesrecht sei das zulässig, sofern es nicht durch Halt- oder Parkverbot eingeschränkt sei. Da bei einer Vermietfirma der Verkehrszweck „In-

Früchte der falschen Standortentscheidung

Schwierige Gemengelage um die Flugrouten

Tausende trafen sich am nasskalten 23. Januar vor dem BBI in Schönefeld, um in die Debatte zu den umstrittenen Flugrouten einzugreifen. Viele artikulierten lautstark, dass sie sich von der Politik auf die Rolle geschoben fühlten. Es fielen immer wieder die Namen Woweriet und Platzek, vereinzelt auch Ramsauer. Einig war man sich, dass die Betroffenheit über Jahre klein geredet, viele Nebelkerzen geworfen wurden, um Akzeptanz für den BBI zu erreichen. Die heile Welt war Ende September vorigen Jahres auch im Südwesten Berlins und gar in Potsdam schlagartig zu Ende (blättchen berichtete). Haus und Garten in der Einflugschneise zu haben, traf nicht nur die im fernen Osten. Also schon seit Wochen um den Politikern die Meinung zu gehen.

Unter ihnen auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vorangegangenen Kundgebung des BVBB mit der Forderung

nach Baustopp. Die waren schon vorher da und skandierten ihre Forderung nach Baustopp immer dann, wenn Redner oder Rednerinnen vom Wiedererlangen verspieltem Vertrauen der Politik sprachen.

Das sind die Früchte der falschen Standortentscheidung. Es gibt letztendlich für diesen, sieht man einmal Berlin und den Brandenburger Speckgürtel als Einheit, innerstädtischen Flughafen keine Flugrouten ohne Belastungen für Mensch und Natur. Nur Schadensminimierung der Entscheidung, die die Unterschrift von Diepgen, Stolpe und Wissmann (einer der Vorgänger von Ramsauer, den man heute nicht mehr kennt) trägt. Baustopp und Neuplanung und damit ein neues Nachdenken sind zwar einerseits vernünftig, aber damit würde die Schließung von Tegel auf Jahre verzögert, Schönefeld trotzdem beflogen und die Nostalgiker würden auch noch Tempelhof wieder ins Gespräch bringen. Dazu

kommen die Rechtsauseinandersetzung über die erfolgte Planfestsetzung, der Fortschritt des Baus und tausende Wirtschaftsinteressen im Umfeld. Also eher unrealistisch. Bei den Flugrouten ist es so, dass bei jeder Variante für jede Ortschaft ein Drittel Entlastung, ein Drittel Unwägbares und ein Drittel eigentlich Unerträgliches heraus kommt. Hier ist Filigrananalyse erforderlich. Entspannung könnten bringen: Ein konsequentes Nachtflugverbot, der Verzicht auf unabhängigen Parallelverkehr von beiden Bahnen und der umfassende passive Schallschutz über das gesetzlich Notwendige hinaus. Viele gingen am 23. mit einem guten Gefühl nach Hause, denn man war ja nicht allein. Immerhin, 13 000 Teilnehmer schätzte die Polizei optimistisch. Ob die Bewegung solidarisch mit sich selbst bleibt, werden die nächsten Wochen und Monate bringen.

■ ■ Ernst Welters

Amtsgericht schickt Bedürftige weg

„Kein Anlass zum Handeln“

In der Dezemberausgabe hatten wir im blättchen bereits über die vom Bundesverfassungsgericht gerügte Praxis, Hartz-IV-Empfänger vom Amtsgericht zum JobCenter zu schicken, berichtet. Die BVV Treptow-Köpenick hatte seinerzeit Ende September auf Antrag der Fraktion DIE LINKE den Beschluss gefasst, dass sich das Bezirksamt dafür einsetzen möge, allen finanziell bedürftigen Bürgerinnen und Bürgern kostenlose Rechtsberatung durch Erteilung eines sogenannten „Beratungshilfescheins“ nicht nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich zu ermöglichen. Hintergrund dieses Antrages war die Wahrnehmung, dass viele Menschen mit Beratungsbedarf im Amtsgericht Köpenick unbegründet mündlich abgewiesen werden. Einige Antragstellerinnen und Antragsteller in Hartz-IV-Angelegenheiten wurden gar auf eine kostenlose Beratung beim JobCenter verwiesen. Eine solche Beratung beim Verursacher des Problems ist jedoch

rechtswidrig, wie das Bundesverfassungsgericht unlängst feststellte.

Die Präsidentin des Amtsgerichts Köpenick, Rita Manshausen, verweist jetzt in einem Antwortschreiben an die Bezirksbürgermeisterin darauf, dass die fraglichen mündlichen Auskünfte zwar nicht dokumentiert würden, jedoch „kein Anlass zum Handeln“ bestünde. „Es zeugt schon von erstaunlicher Ignoranz, einen Beschluss der BVV einfach so abzubügeln“, stellt Dan Mechtel, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE Treptow-Köpenick, empört fest. „Dass undokumentiert mündliche Auskünfte mit teils rechtswidrigem Inhalt erteilt werden, ist genau das Problem, welches die BVV behoben wissen wollte“, erläutert Mechtel weiter. „Des Problems wachsender Armut, damit steigender Antragszahlen und natürlich auch Kosten kann man sich nicht dadurch entledigen, dass man Antragstellerinnen und Antragsteller einfach wieder wegschickt.“

Aus dem Bezirksamt

► Gestaltung Müggelpark

Bei der Sanierung und Gestaltung des Müggelparks wurden bisher auch Vorschläge und Wünsche der Bürger berücksichtigt, geht aus einer Information aus dem Bezirksamt hervor. Der erste Bauabschnitt, bei dem Wege in der Grünanlage gestaltet und der Spielplatz mit Spielgeräten ausgestattet wurde, ist abgeschlossen. Dabei wurde auch die Idee eines Treffpunkts für Jugendliche umgesetzt. Bei der Sanierung der Uferwand gebe es noch rechtliche Probleme. Wie Bezirksstadtrat Michael Scheider hervorhob, handle es sich jedoch beim Müggelpark um eine denkmalgeschützte Grünanlage, die entsprechend historischer Vorlagen wieder hergestellt werden solle

► Wildwuchs von Verkehrszeichen

Die bezirkliche Straßenverkehrsbehörde ist ständig bemüht, den Schilderwald im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten zu lichten. Bei jedem Ortstermin werde darauf geachtet, ob nicht mehr notwendige Verkehrszeichen abmontiert werden können, informierte das Bezirksamt auf eine Kleine Anfrage. So gebe es seit Dezember 2010 im Sterndamm keinen Hinweis mehr auf eine Ladezone, da an der Stelle keine Geschäfte mehr ansässig seien.



Da hatte Gregor Gysi einmal ganz besonders aufmerksame Zuhörer: Im Rahmen des bundesweiten Vorlesetages im Dezember las er Schülern einer 3. Klasse der Anna-Seghers-Schule in Adlershof eine Geschichte aus dem Kinderbuch „Ich, Gorilla und der Abendstern“ vor.

Gysi meint...



Die Bahn muss gemeinnützig bleiben

Die Berlinerinnen und Berliner, die täglich auf die Fahrten mit der S-Bahn angewiesen sind, müssen den zweiten Winter in Folge miterleben, dass die Wetterlage den Takt der Fahrzeiten bestimmt. Mittlerweile ist ein halbwegs funktionierender Notfahrplan in Kraft getreten. Aber es wird Jahre dauern, bis das Desaster bei der S-Bahn mit ausfallenden Zügen und gefrorenen Weichen behoben sein wird.

Die Ursache der Pannen nicht nur bei der S-Bahn, sondern bei der Bahn insgesamt, besteht in dem Vorhaben von Union, FDP und SPD, die Bahn zu privatisieren und an die Börse zu bringen.

Dieses Vorhaben scheitert bisher an den Protesten aus der Bevölkerung und an einem SPD-Parteitag, auf dem die Mehrheit der Delegierten gegen den Willen des SPD-Parteivorstands einen Be-

schluss zum Stopp der Privatisierung durchsetzte. Für das Ziel wurde die Bahn aber kaputt gespart.

So wurde bei der S-Bahn das Personal an den meisten Bahnhöfen abgezogen, die Wartungsintervalle der Züge verlängert, die Zahl der Beschäftigten zur Wartung von 800 auf 200 reduziert. Obendrein wurde die S-Bahn dazu verpflichtet, Gewinne an den Mutterkonzern abzuführen. Selbst in diesem Jahr soll die S-Bahn noch rund 50 Mio. Euro überweisen.

Die Privatisierung der Bahn ist ein Irrweg. Die Mobilität der Bahn ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Bahn muss daher öffentliches Eigentum bleiben. Die Linke hat im Bundestag gefordert, die Deutsche Bahn AG in eine Anstalt öffentlichen Rechts – wie die Sparkassen – umzuwandeln, damit sie einer demokratischen Kontrolle unterliegt. Sie ist zu verpflichten, wie ein gemeinnütziges Unternehmen zu wirtschaften.

Das gelte dann auch für die S-Bahn. Eine Ausschreibung einzelner S-Bahn-Strecken an private Unternehmen darf es nicht geben. Wir erleben gerade ein zweites Mal, wohin schon das Ziel einer Privatisierung führt, bei der die Profitinteressen Vorrang vor einer guten Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichem Nahverkehr haben.

Wahlprogramm-Eckpunkte: Gut bezahlte Arbeitsplätze und bezahlbare Mieten

Das am 20.01.2011 von der Stadtentwicklungssenatorin veröffentlichte Sozialmonitoring hat bestätigt, dass sich die sozialräumliche Konzentration von sozialen Problemen weiter verfestigt. In den sozialen Brennpunkten gelten über 70% der dort lebenden Kinder als arm. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist hier besonders hoch. Das Ansteigen der Kinderarmut ist ein Beleg dafür, dass viele Eltern mit einem geringen Einkommen oder Transferleistungen auskommen müssen.

Auch das zeigt das Sozialmonitoring auf: Steigende Mieten in Teilen der Innenstadt tragen zur sozialräumlichen Verdrängung und Ausgrenzung bei. Passend hierzu auch die Zeitungsmeldungen in diesen Tagen: Demnach wird der Mietspiegel 2011 zum ersten Mal eine durchschnittliche Kaltmiete von über 5 Euro ausweisen. Das würde eine deutliche Steigerung bei den Mieten in den letzten zwei Jahren bedeuten.

Preiswerter Wohnraum wird immer knapper. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat sich bereits in der Vergangenheit mit vielen parlamentarischen Initiativen und Anträgen dieses Themas angenommen. Sie hat sich für die Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen und für bezahlbare Mieten eingesetzt. So zum Beispiel mit dem Vergabegesetz. Öffentliche Aufträge werden an Unternehmen vergeben, die ihren Beschäftigten einen Mindestlohn von 7,50 Euro zahlen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollen ihrem Auftrag gerecht werden. Sie sollen preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellen und so auch zur Stabilisierung der Mieten beitragen. In den vom Landesvorstand beschlossenen Eckpunkten für ein Wahlprogramm haben die Schaffung von Arbeitsplätzen und bezahlbare Mieten einen hohen Stellenwert.

Auch der für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September vom Landesvorstand vorgeschlagene Spitzenkandidat Harald Wolf stellte in seinen ersten öffentlichen Äußerungen fest, dass es in Teilen von Berlin einen angespannten Wohnungsmarkt gibt. Er verwies zugleich darauf, dass ein Neubau von Wohnungen für Berlinerinnen und Berliner mit geringen Einkommen im Rahmen der kommunalen Wohnungswirtschaft notwendig ist.

■ ■ Uwe Doering, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.

Bürgersprechstunden:

Sprechstunde **Dr. Gregor Gysi** **15.2.** und **1.3.2011** jeweils in der Zeit von **13–18 Uhr** im Bürgerbüro, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin. Um Anmeldungen wird gebeten unter der Telefonnummer 63 22 43 57.

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

Mo 7.2. 17:00 Uhr

Basistreffen, Rathaus Treptow

Mo 7.2. 19:00 Uhr

AG Stadtentwicklung, Rathaus Treptow, Fraktionszimmer

Mo 14.2. 15:00 Uhr

Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE, Geschäftsstelle Brückenstr. 28, zum Entwurf der Wahlaussagen DIE LINKE Treptow-Köpenick, besonders unter seniorenpolitischen Gesichtspunkten. Eingeladen sind Freunde und Genossen aus Vereinen und Verbänden und andere Interessierte

Wir diskutieren mit Ines Feierabend, Mitglied des PV DIE LINKE und Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales.

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 42 41

Öffnungs- und Kassenzeiten:

Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57,

Fax (030) 63 22 43 58

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

im Januar

- 94. Adolf Gärtner
- 93. Alexander Strachovsky
- 91. Helmut Holz
- 85. Elvira Mollenschott, Helga Mönch, Waltraud Müller,

- Johanna Weniger, Hermann Birkendahl
- 80. Hubert Matros
- 75. Eva Wegert
- 70. Ursula Schröter, Volkmar Friedrich, Dieter Kalkewitz

Bitte vormerken: Hauptversammlung

Freitag, 25.3., 16–20 Uhr

Nominierung der DirektkandidatInnen für das Berliner Abgeordnetenhaus

Samstag, 26.3., 10–17 Uhr

Aufstellung der BVV-Liste
Rathaus Treptow

LESERBRIEFE

Zum Artikel „Streik mit Poesie“ von Werner Laube

Zusammen mit einem anderen Genossen hatte ich das Glück, am Pressefest der „l'Humanité“... 2010 teilnehmen zu können, also in einer Phase aktiver außerparlamentarischer Aktion gegen die unsoziale Regierung Sarkozy. ...

Am meisten beeindruckt hat mich das große Interesse, das dieses Ereignis in Frankreich fand: 600.000 Besucher in drei Tagen, und ein sehr großer Teil davon Jugendliche!

Für mich persönlich war die Art und Weise, wie die lokalen Organisationen der KPF ihre politischen Aussagen mit den kulinarischen Angeboten ihrer Départements zu verbinden wussten, sehr attraktiv. Auf keinem der Spruchbänder, auf denen die Rücknahme sozialer Verschlechterungen gefordert wurde, fehlte der Hinweis: „Die Mittel dafür sind vorhanden!“ – während in Deutschland oft genug das Märchen geglaubt wird, dass es kein Geld für soziale und kommunale Bedürfnisse gäbe.

Den tiefsten Eindruck jedoch hat in mir die Aussage eines ehemaligen Offiziers der Résistance hinterlassen: „Ihr sollt wissen, liebe deutsche Freunde und Genossen, dass ich in Lyzeen und Gymnasien, wo ich oft Zeugnis ablege von der Zeit der Résistance, unbedingt fortfahren werde, dem Mut der zahlreichen deutschen Antifaschisten Gerechtigkeit zu erweisen, die unter Einsatz ihres Lebens die Ehre des deutschen Vaterlandes retteten“ Harald Nestler (v. d. Redaktion gekürzt)

► LINKE ehrt Widerstandskämpfer

Anlässlich des 110. Geburtstages von Karl Kunger legten Vertreter der Bezirksorganisationen Friedrichshain/Kreuzberg und Treptow/Köpenick am 2. Februar an der Gedenktafel in der Krossenerstr. 27 Blumen nieder. Kunger hatte jahrelang intensiv Widerstandsarbeit gegen die Nationalsozialisten mit illegalen Betriebszellen der KPD in Treptow und Friedrichshain geleistet und war dafür von den Nazis 1943 hingerichtet worden.

Die Linke ehrt sein Andenken, in dem sie den Kampf gegen den Rechtsextremismus konsequent fortsetzt.

Aus dem Bezirksamt

► Auch im Wahljahr keine Schulräume für Parteien

Auch sechs Wochen vor Wahlen werden grundsätzlich keine Räumlichkeiten in Schulen und anderen Gebäuden des Bezirksamtes an Parteien vergeben. Wie es in einer Stellungnahme zu einem Beschluss der BVV vom Dezember vorigen Jahres heißt, sei das Ersuchen derzeit nicht umsetzbar, da die vorgeschlagenen Änderungen der bestehenden Regelung zur Überlassung von Räumen an Dritte gegenwärtig im Bezirksamt nicht mehrheitsfähig seien.

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung. Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.

Im Jahresabo für 21,60 Euro:

DISPUT, Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

disput@die-linke.de

Telefon (030) 24 00 95 10

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Bezirksgeschichte in Bildern

Bildband zur Berliner Gewerbeausstellung 1896 neu aufgelegt



Hauptausstellungsgebäude

Als „verhinderte Weltausstellung“ ist die Berliner Gewerbeausstellung von 1896 in die Berliner und die Geschichte des Bezirkes eingegangen. Sie dauerte nur knapp sechs Monate und zog 7,4 Millionen Besucher an. Die Schau bot Einblick in den neuesten Stand der industriellen Entwicklung vor 115 Jahren und war mit märchenhaften Palästen, Pyramiden, Pavillons und einem künstlichen See auf dem heutigen Areal des Sowjetischen Ehrenmals auch faszinierender Anziehungspunkt für viele Schaulustige. Das Ausstellungsgelände im Treptower Park war damals mit Stadtbahn, elektrischer Straßenbahn, Pferdebahn, Omnibus oder per Schiff zu erreichen. Das Bezirksamt hat der großen Nachfrage wegen eine

2. Auflage des Bildbandes von 1997 drucken lassen, erklärte Bezirksstadtrat Svend Simdorn bei der Vorstellung des Buches im Museum Treptow.



Eckpavillon an der Wandelhalle

Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, dass die beiden bisherigen Heimatmuseen des Bezirkes in Köpenick und Treptow jetzt den Namen Museum Köpenick und Museum Treptow tragen. Der bisherige Name treffe nicht mehr zu, da es sich bei der wissenschaftlichen Arbeit in den Einrichtungen nicht mehr um bloße Heimatgeschichte handele. Wie Barbara Zibler, die Leiterin des Treptower Museums, in dessen Dauerausstellung sich auch ein Modell der Gewerbeausstellung befindet, ergänzte, verfüge das Museum über den berlinweit größten Archivbestand zur Ge-

werbeausstellung. Als nächstes Projekt nannte sie die weitere Erforschung des Anteils der Späth'schen Baumschule als ältestem Gewerbebetrieb Berlins an der Ausstellung von 1896.

Der Bildband zur Berliner Gewerbeausstellung von 1896 ist im Museum Treptow am Sterndamm 102 in Johannisthal für 7 Euro zu erwerben.

■■ Helga Pett

Aus dem Bezirksamt

► Übertragung von Jugendeinrichtungen an freie Träger

Die sofortige Übertragung von acht Jugendeinrichtungen, deren Gebäude sich im Fachvermögen Jugend befinden und vom öffentlichen Träger allein betrieben werden, hat das Jugendamt vorgeschlagen. Ein Gesamtkonzept von Juni 2010 zur Situation der Jugendfreizeiteinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft, wurde dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt. Dieser hat auf seiner Sitzung am 3. November nach langer Diskussion beschlossen, ein ergebnisoffenes Verfahren zur Interessenbekundung einzuleiten. Die Auswertung und Entscheidung über Antragsteller soll bis Mai abgeschlossen sein.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 7

DO 3.2. 19:00 Uhr Vernissage zur Ausstellung „canon & chaos – geordnetes chaos“ Lithographie, Hannah Birgit Neumann (04.02.-31.03.2011), Kulturbundgalerie Ernststraße 14/16

DI 8.2. 19:00 Uhr Lesung im Club: Sieht so eine Mörderin aus? Ausgewählte Gerichtreportagen zwischen 2004 und 2009 von der Berliner Journalistin Barbara Keller, Kulturbund Treptow, Ernststraße 14/16

Skatturnier in OSW

Sonntag, 13. Februar, 10 Uhr Gaststätte „Zur Post“, Schillerpromenade 1
Anmeldeschluss: Donnerstag, 10. Februar
Anmeldung unter Tel: 030 / 537 80 499 oder direkt in der Gaststätte
Gespielt wird um den Wanderpokal der Linksfraktion und weitere Sachpreise

MO 14.2. 15:00 Uhr Diskussion der AG Seniorenpolitik DIE LINKE, mit Ines Feierabend, Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE, Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales und Bürgermeisterkandidatin zum Entwurf der Wahlaussagen DIE LINKE Treptow-Köpenick, besonders unter seniorenpolitischen Gesichtspunkten. Geschäftsstelle Brückenstr. 28, Eingeladen sind Freunde und Genossen aus Vereinen und Verbänden und andere Interessierte

DI 15.2. 19:30 Uhr Veranstaltung mit Dr. Thomas Flierl, MdB, Senator a.D. und Anita Engelmann, Architektin, zum Thema „Planwerk Innenstadt“, anschließender Diskussion zu städtebaulichen Fragen, im Bürgerhaus Grünau, Regattastr. 141

MO 21.2. 15:00 Uhr Rechtsextremismus und Neonazismus. Wie setzen wir uns in unserem Bezirk damit auseinander? Gesprächspartner: Dr. Hans Erleben; Dorfkлуб Müggelheim

DI 22.2. 20:00 Uhr „Johannes Bobrowski – Eine Hommage“, Sonderaufführung des Theaters im Palais zur Ehrung des von 1953 bis zu seinem Tod 1968 in Friedrichshagen lebenden Künstlers. Leitung: Barbara Abend, Am Klavier Ute Falkenau, Es lesen Gabriele Streichhahn und Carl Martin Spengler. UNION – Filmtheater Bölschstraße 69

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@die-linke-berlin.de